



Projektionsfläche „Europa“

Georg Kreis, Leiter des Europainstituts der Universität Basel

„Europa“ ist seit jeher eine Projektionsfläche für Wünsche und Hoffnungen sowie für Ängste und Ablehnungen gewesen. Solange es „Europa“ in Form einer festen Grösse und verbindlichen Ordnung nicht gab, dominierte im Projektionsprozess die positive Variante. Seit „Europa“ eine konkrete Realität ist, steht die negative Variante eher im Vordergrund. Das Übermass an kritischen Bildern könnte verdriessen, es könnte uns aber auch gelassen machen, weil es eben ein Indikator für „Europas“ Stärke ist. Stärke allein ist es jedoch nicht, was wir haben wollen. Es muss die richtige Stärke sein, und richtig kann diese Stärke letztlich nur sein, wenn sie von den Betroffenen akzeptiert und mitgetragen ist.

Kommentare zum jüngsten Lissabonner Gipfel und zu den Beratungen des Reformvertrags zeigten, wie unterschiedlich die projektiven Wahrnehmungen sein können. Eine Zeitung hatte zum Titel, die EU „feilt“ am Vertrag (BaZ vom 19. Okt. 07), eine andere, die NZZ vom gleichen Tag, hatte noch ein „sch“ zur Verfügung und machte aus dem „feilt“ ein „feilscht“. So besehen wäre jede strittige Auseinandersetzung - auch diejenigen in der Eidgenossenschaft - stets ein Feilschen um Lösungen.

Projektionen sagen etwas über die Projektoren aus. Gewiss ist nicht jeder hoffnungsfrohe Projektor damit zugleich auch ein produktiver Projektor.

Umgekehrt benötigt die Fähigkeit zur Produktivität geradezu einen Entwurf für die Zukunft - Projekte. Die EU ist ein Projekt und besteht aus Projekten. Sie ist dann stark, wenn der Projektwille intensiv ist.

Betrachtet man die oft langen Realisationszeiten, dann könnte man wiederum entweder mit einem Negativurteil die langen Umsetzungsfristen oder man könnte anerkennend die frühen Ambitionen und das ausdauernde Durchstehvermögen hervor-

heben. In der EG bzw. der EU gab es Kräfte, die seit dem Gipfel von 1969 die Schaffung einer schliesslich 1999/2002 verwirklichten Währungs- und Wirtschaftsunion verfolgten. Ähnlich verhielt es sich mit der 1992 eingeführten europäischen Staatsbürgerschaft, über die sich die Karikatur von 1981 lustig machte.

Als der Euro als gemeinsame Währung angestrebt wurde, überwogen anfänglich die Auguren, welche schwarz malten und erklärten, dass



«Eines Tages erhält jeder von euch diesen wunderschönen Europa-Pass!» (1981)

dieses Projekt nicht funktionieren könne, zumal es nicht an eine politische Union gebunden sei. Inzwischen ist der Euro härter als die D-Mark und daran, die Bedeutung des Dollars als Weltwährung zu relativieren.

Das will nicht besagen, dass Optimismus stets self-fulfilling sei und Pessimisten - wenigstens bezüglich des Ausgangs einzelner Vorhaben - nicht auch mal Recht bekämen. Auch der Euro ist nicht auf immer gesichert. Wichtig ist die Frage, ob die Richtung

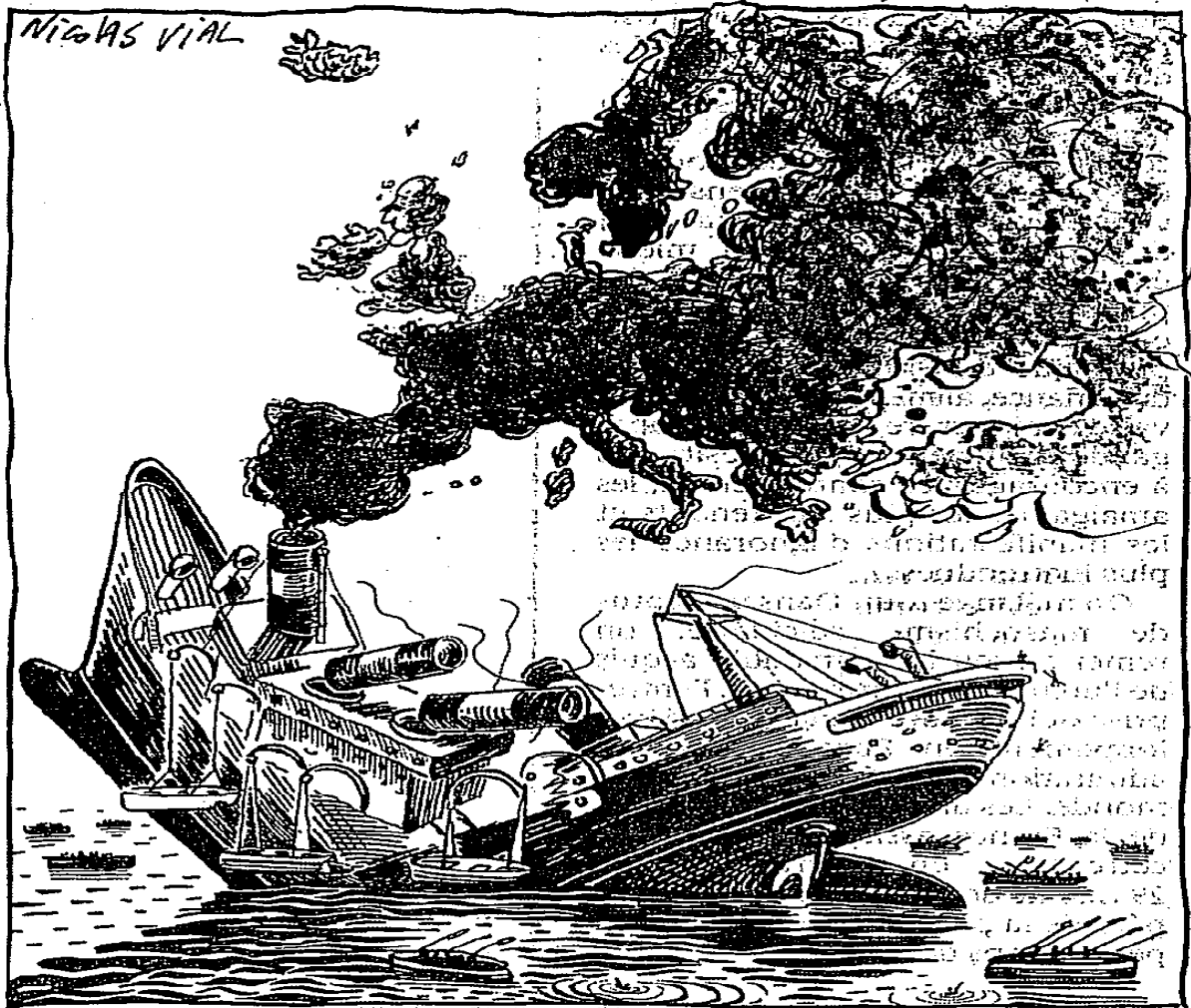
stimmt und ob die kritische Begleitung in ihren Kommentaren fair ist. Das heisst: „Europa“ soll nicht stärker mit Negativwahrnehmung eingedeckt werden als die eigenen nationalen Vaterländer, etwa in Fragen der Mitbestimmungsmöglichkeiten, der Bürokratie, der „Verschleuderung“ von Geldern etc.

Systematisches Schlechreden hat schlechte Konsequenzen. Es alimentiert die Verdrossenheit, ohne die Dinge wirklich besser zu machen. Vom

europäischen Schiff hat man schon mehrfach nicht nur prognostiziert, sondern geradezu diagnostiziert, dass es untergehe. Vgl. die zweite Karikatur. Bis auf weiteres gilt für „Europa“ aber noch immer die Devise, die zum Schiffselement des Pariser Stadtwappens gehört, dass dieses Schiff (die Cité-Insel in der Seine) sich auf Wellen bewegt, dass es schwankt und geschüttelt wird und noch nicht untergeht - fluctuat nec mergitur.

Mutinerie

PAR NICOLAS VIAL



„Europa“ als blosses Rauchzeichen angesichts der partiellen Opposition gegen den Verfassungsvertrag (Le Monde, 22. April 2005).



Die Zukunft des WTO-Systems: Chancen und Risiken

Festvortrag von Frau Botschafterin Ineichen-Fleisch an der Diplomfeier des NDS XIV am 22. Oktober 2007

Ulf Lewrick, Assistent Wirtschaftswissenschaften, Europainstitut der Universität Basel

Was fällt Ihnen zur aktuellen Doha-Welthandelsrunde ein? Stillstand? Ausgebeutete Entwicklungsländer? Blockierende Schweiz? Diese Eindrücke werden zum Teil von den Medien suggeriert, doch die ganze Wahrheit ist wie so oft ein wenig komplexer. Anlässlich der Diplomfeier des XIV. Nachdiplomstudiengangs konnte das Europainstitut Frau Botschafterin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch für den Festvortrag gewinnen, um ein wenig mehr Licht in das Geschehen um die Welthandelsorganisation (WTO) zu bringen. Zum Einstieg skizzierte die Delegierte des Bundesrates für Handelsverträge daher die grossen Baustellen der aktuellen Welthandelsrunde. Dort findet sich zunächst die Frage des Marktzugangs für Industrieprodukte, bei der die Industrienationen auf weitere deutliche Zollsenkungen drängen. Bereits hier zeichnet sich ein erster Konfliktpunkt ab, da die Entwicklungsländer angesichts einer drohenden Liberalisierung des Marktzugangs um ihren relativen Vorteil fürchten. Sie geniessen ihrerseits bereits zahlreiche einseitige Handelserleichterungen und antizipieren harte Konkurrenz angesichts des Markteintritts hochproduktiver Anbieter grosser Staaten.

Doch auch die Schweiz, die selbst häufig als Mediator in den Verhandlungen auftritt, kennt ihre Achilles-Ferse – die Landwirtschaft. Die derzeitige Agrarpolitik der Schweiz ruht auf drei Pfeilern. Einerseits wird dank hoher Zölle auf Agrarprodukte (diese reichen bis zu sagenhaften 1000%!) der inländische Agrarmarkt zu weiten Teilen abgeschottet. Andererseits wird im Rahmen der internen Stützung, synonym für Subventionen, der Erhalt der landwirtschaftlichen Betriebe gesichert. Zudem helfen Exportsubventionen Schweizer Produkte im Ausland abzusetzen. Hinsichtlich der Zukunft dieser Agrarpolitik vor dem Hintergrund der Doha-Runde wagt Frau In-

eichen-Fleisch eine Prognose. So sei abzusehen, dass nach Abschluss der Verhandlungen in allen drei Bereichen Kürzungen anstünden, die Exportsubventionen stünden sogar insgesamt zur Disposition. Bereits an dieser Stelle zeigte die Referentin eine potentielle Lösung für die Doha-Runde insgesamt auf: So könnten die EU und Japan im Einklang mit der Schweiz eine Reduktion der Agrarzölle akzeptieren. Die USA hätte eine Herabsetzung ihrer internen Stützung in der Landwirtschaft vorzunehmen und Schwellenländer wie Indien oder Brasilien könnten im Bereich des Marktzugangs für Industriegüter Zugeständnisse anbieten. Ein solcher Kompromiss könnte wesentliche Bereiche der Doha-Runde voranbringen.

Weitere Herausforderungen der aktuellen Verhandlungen sind im Bereich der Umweltgüter und der Entwicklungsfragen zu finden. Die ursprüngliche Ausrichtung der Doha-Runde hatte einen klaren Fokus auf Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung, was sich in der Doha Development Agenda niederschlug. Diesbezüglich machte Frau Ineichen-Fleisch deutlich, dass sich die Industriestaaten gegenüber den ärmsten und am wenigsten entwickelten Staaten zu zahlreichen Konzessionen bereit zeigten. Allerdings sehe die derzeitige Struktur der Welthandelsordnung vor, alle Länder, die als Entwicklungsländer klassifiziert seien prinzipiell gleich zu behandeln. Dementsprechend kämen Länder wie z.B. Korea und Singapur ebenfalls in den Genuss einseitiger Zugeständnisse, wenngleich ihr Status als Entwicklungsland doch mehr als fragwürdig sei. Solange hier keine Differenzierung innerhalb der formalen Kategorie der Entwicklungsländer möglich sei, würden die Industriestaaten wenig Verhandlungswillen zeigen.

Doch wie kam es dazu, dass den ambitionierten Zielen der Doha-Runde

anscheinend nur wenig Verhandlungsbereitschaft entgegensteht? Die Referentin weist hier auf den historischen Kontext der Entstehung der Doha-Erklärung. Diese sei vor dem unmittelbaren Hintergrund der Terroranschläge vom 11. September 2001 nur zwei Monate später von den Vertretern der Mitgliedsstaaten mit ambitionierten Zielen versehen worden, um den wirtschaftlichen Zusammenhalt der Weltgemeinschaft zu manifestieren. Jahre später sei der Wille zur Veränderung nun etwas erlahmt. Zeitgleich habe das starke Wachstum der Weltwirtschaft und die Furcht vor immer weiteren chinesischen Importen die Verhandlungsbereitschaft der Mitgliedstaaten abkühlen lassen. Dennoch – so stellte Frau Ineichen-Fleisch deutlich klar – sei sie überzeugt von der Zukunftsfähigkeit der WTO. Einerseits habe man bereits viel erreicht, was zu erhalten sei. Andererseits sei die WTO die letztlich einzige Plattform in der Welthandelsordnung, in der auch die Interessen der ärmsten und am wenigsten entwickelten Staaten Gehör fänden. Dieses sei über bilaterale Freihandelsabkommen nicht zu erreichen. Es stelle sich jedoch die Frage, ob nach Abschluss der Doha-Runde weitere Welthandelsrunden opportun seien. Sie könne sich ebenfalls eine „variable Geometrie“ vorstellen, bei welcher weitere Liberalisierungswünsche im Rahmen der interessierten Mitgliedstaaten verhandelt würden und nicht der Einstimmigkeit aller WTO-Mitglieder unterlägen. Zur Position der Schweiz stellte die Referentin nochmals klar, dass diese im Bereich des Agrarhandels wie dargestellt verhalten auftrete. In zahlreichen anderen Verhandlungsbereichen arbeite man jedoch konstruktiv an Lösungen. Demnach sei die mediale Darstellung nur sehr begrenzt zutreffend. Die Wahrheit ist, wie so häufig, etwas komplexer.

Tanja Popovic: neue Mitarbeiterin



Ausgerechnet in einem weitgehend von der Welt abgeschnittenen Dorf im Himalaya Westnepals erreichte mich die frohe Nachricht, dass mich

meine Wege bald schon wieder ans Europainstitut Basel führen würden: Rund zwei Jahre nachdem ich dort im Rahmen eines Nachdiplomstudiums berufsbegleitend einen Major in „Conflict & Development“ absolviert hatte. Ich komme zurück in ein vertrautes Umfeld - hatte ich doch bereits an der Uni Basel Geschichte, Kommunikations- und Medienwissenschaften sowie Kulturwissenschaften/Europäische Ethnologie studiert. Als Historikerin mit dem Schwerpunkt Osteuropa habe ich mich zunehmend mit den Ursachen von Konflikten beschäftigt; das Thema hat mich bis heute nicht losgelassen. Mein Berufsziel war dabei stets die Entwicklungs- und Internationale Zusammenarbeit. Folgerichtig zog es mich nach dem Lizentiat bald schon nach Südosteuropa, wo ich im Bereich der Medienentwicklungshilfe in Bosnien, Kosov@ und Mazedonien an Projekten zur interethnischen Kooperation, zur Roma-Integration und der so schwierigen wie dringlichen

Vergangenheitsbewältigung nach den Jahren des Krieges arbeitete. Gerade Letzteres beschäftigte mich nachhaltig, als Historikerin, aber auch durch meine Verbundenheit mit der Region; stammt meine Mutter doch von dort. In diesen so intensiven wie lehrreichen Jahren wuchs das Bedürfnis nach Reflexion und Weiterbildung, um diese substantiellen praktischen Erfahrungen noch besser verstehen zu lernen: Der Balkan war zu der Zeit ein faszinierender, aber auch bisweilen verstörender Schauplatz der verschiedensten internationalen Akteure: UNO, OSZE, NATO, EU, Nichtregierungsorganisationen, Ländervertretungen usw. waren mit den unterschiedlichsten Strategien vor Ort, die Sachlage war (und ist nach wie vor) komplex. Die praxisorientierte Wissensvermittlung am Europainstitut, der 2004/05 neu eingeführte Themenschwerpunkt „Conflict & Development“ und der Austausch mit Dozierenden wie Mitstudierenden, die die Materie aus eigener Erfahrung gut kannten, waren ungemein stimulierend und motivierend. Entsprechend zog es mich bald wieder ins Ausland – zum Beispiel für Projektanalysen nach Afrika oder im Bereich Öffentlichkeitsarbeit sowie Wahlbeobachtung/-unterstützung zur UNO. Wie praxisorientiert und entsprechend nützlich das Studium am Europainstitut war, sollte sich gerade bei

meinem jüngsten Einsatz einmal mehr zeigen: In Nepal hat die UNO im Rahmen des Friedensvertrags vom Nov. 2006 unter anderem das Mandat, die Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung, geplant für den 22. November 07, zu begleiten und unterstützen. Die Wahlen sind leider (trotz guter Vorbereitung) im letzten Moment aus innenpolitischen Gründen ausgesetzt worden; meine Zeit in Nepal war gleichwohl eine ungemein bereichernde Erfahrung; mit dazu beigetragen hat die einst damals bei Günther Bächler am EIB besuchte Veranstaltung „Mediation und Vermittlung in Konflikten“ am Beispiel Nepal.

Ich freue mich nicht nur sehr darüber, unter den Mitarbeitenden hier am Institut viele bekannte Gesichter wieder zu sehen, sondern auch darauf, mich mit den Studierenden auszutauschen und dabei gerne auch meine Erfahrungen mit ihnen zu teilen, die sich durch die Kombination von Lehre und Praxis eingestellt haben. Hier am Europainstitut wird ein gewichtiger Teil meiner Arbeit die Öffentlichkeitsarbeit sein, während ich mit dem Dissertationsprojekt meine bisherigen Erfahrungen „im Feld“ einbringen und dabei einmal mehr Praxis und Theorie verbinden möchte. Das Umfeld am Europainstitut scheint dazu ideal - ich freue mich sehr darauf!

Veranstaltungen

Europavortrag

Dr. Gunter Baer, ehemaliger Generalsekretär der BIZ, Gastdozent an der Humboldt-Universität Berlin

21. Februar 2007, 18.15 Uhr

„Der Euro - eine Erfolgsgeschichte?“

Kollegiengebäude der Universität Basel, Hörsaal 102, Universität Basel. In Kooperation mit dem WWZ-Forum und der Vereinigung der Basler Ökonomen

Mitteilungen

Prof. Dr. Giuliano Bonoli erhält Nationalen Latsis-Preis 2007

Herr Giuliano Bonoli, Professor für Sozialpolitik am IDHEAP Lausanne erhält den Nationalen Latsis-Preis 2007 für seine ausgezeichneten wissenschaftlichen Leistungen zur Rolle des Sozialstaats in Europa. Wir gratulieren Herrn Bonoli, der als Gastdozent am Europainstitut lehrt, herzlich zu diesem Preis.

Prof. Dr. iur. Ernst A. Kramer erhält Ehrendoktor der Universität Luzern

Wir gratulieren Herrn Ernst A. Kramer, IFK-Mitglieder des Europainstituts, herzlich zur Verleihung des Ehrendokortitels der Universität Luzern und freuen uns mit ihm über diese Auszeichnung.

Das Europakolloquium vom 13. Dezember 2007 „Die Schweiz - ein Modell multikultureller Koexistenz“ (Prof. Kreis) muss auf einen späteren Zeitpunkt **verschoben** werden.